

Riskanter Flüchtlingsstau am Ärmelkanal

Kraftprobe um Slumsiedlung bei Calais / Abriegelung

Großbritanniens verschärft Flüchtlingsdrama in Nordwest-Frankreich

/ Die SP-Staatsführung Frankreichs sperrt sich gegen die

Lösungsvorschläge von Angela Merkel in der Flüchtlingskrise

AUS PARIS

DANNY LEDER

Den Flüchtlingen weht auch in Frankreich ó bildlich und real ó ein eisiger Wind entgegen. Die Lage im bitter kalten und vergatschten Flüchtlings-Slum bei Calais, am Eingang zum Ärmelkanal-Tunnel nach Großbritannien, spitzt sich gefährlich zu. Gleichzeitig hat sich Frankreichs sozialistische Staatsführung in den EU-Instanzen gegen den Vorschlag von Angela Merkel eines permanenten Aufteilungsmechanismus für Flüchtlinge ausgesprochen, der über die ursprünglich vereinbarte Unterbringung von 160.000 Flüchtlingen in der EU hinausginge.

Frankreich sei zwar bereit, innerhalb von zwei Jahren 30.000 Personen aufzunehmen ó aber škeinen einzigen Flüchtling mehrō, wie Premier Manuel Valls kürzlich bei einem Besuch in Bayern im Beisein von zustimmenden CSU-Politikern krude formulierte. Dabei leistete sich der stramm rechtssozialdemokratisch orientierte Valls einen neuerlichen Angriff auf Angela Merkel: sie hätte durch ihren ursprünglichen Willkommens-Aufruf šdie Grundlagen Europas gefährdetō. Frankreichs 30.000-Kontingent gelte übrigens auch nur, wenn es der EU in der Zwischenzeit gelinge, durch šsichere Außengrenzen den Flüchtlingsstrom zum Erliegen zu bringenō, wie Staatschef Francois Hollande nachsetzte.

Wie so oft sind aber die Zielvorgaben der Politiker und die realen Entwicklungen zweierlei. Frankreich hat zurzeit kaum Probleme mit Flüchtlingen, die vor Ort um Aufnahme ansuchen würden: davon gibt es immer weniger, weil Frankreichs stagnierende Wirtschaft und hohe Arbeitslosenrate nicht sehr attraktiv wirken. Für Ängste aber auch Anteilnahme sorgen hingegen vor allem tausende Flüchtlinge, die nach Großbritannien wollen (wegen der dortigen Job-Möglichkeiten und der Präsenz von Verwandten und Landsleuten) aber wegen der immer hermetischeren Abriegelung des Inselreichs in Frankreich entlang der Kanalküste einen beachtlichen Rückstau bilden.

Da sich Frankreich gegenüber Großbritannien verpflichtet hat, den Zugang der Migranten zu allen Kanalquerungen ó seien es nun der unterirdischen Bahntunnel oder die Fähren ó zu verhindern, haben die französischen Behörden auch seit Jahren kaum etwas unternommen, um eine halbwegs würdige Unterbringung der Flüchtlinge in Küstennähe zu ermöglichen. Resultat: in Calais und anderen Küstenstädten siedelten Flüchtlinge in leeren Häusern, in umliegenden Wäldchen, in Zelt- und Hüttenlagern auf meistens verseuchten Industriebrachen. Unterstützt wurden sie dabei fast ausschließlich von freiwilligen Helfern, Menschenrechts-Organisationen sowie linken und konfessionellen Sozialhilfe-Vereinen.

Sorgten die haarsträubenden Lebensbedingungen in diesen Slums für zu viel Empörung und drohten gröbere Spannungen mit Polizei, Tunnelbetreibern, Hafenverwaltung und Anrainern wurden dann doch staatliche Aufnahme-Strukturen zur Verfügung gestellt und die illegalen Lager abgetragen. Nun ist es wieder soweit.

Verzweifelte Flüchtlinge belagern jetzt regelmäßig Zufahrtsstraßen zum Tunnel und dem Hafen von Calais, wo sie LKWs manchmal auch gewaltsam stoppen, um sich im Ladebereich (oder darüber oder darunter) zu verstecken. Andere versuchen gruppenweise in die Sperrzone vorzudringen. Zusammenstöße mit Sondereinheiten der Polizei sind auf der Tagesordnung. Rechtsradikale Schläger lauern Flüchtlingen auf. Schlepperbanden terrorisieren Flüchtlinge, die auf eigene Faust durchkommen wollen.

Auf Regierungsbeschluss sollte am Dienstag-Abend ein Großteil des Zelt-Lagers vor Calais geräumt werden. Doch die Justiz hat vorerst, wegen eines Einspruchs von Lagerinsassen und ihren Unterstützern, die Räumung aufgeschoben.

Die Behörden bieten wahlweise eine alternative Unterbringung in einem nahen Containerdorf an oder die Aufnahme in weiter gelegenen Zentren mit der Aussicht auf Gewährung von Asyl in Frankreich. Doch die Helfergruppen behaupten, dass die angebotenen Lösungen zahlenmäßig unzureichend sind. Sie wollen, dass die Zelt- und Hützensiedlung, wo behelfsmäßig eine kleine Schule, eine Moschee, eine Kirche, Imbisstuben und Geschäfte errichtet wurden, erhalten und saniert wird.